

AM-RE Holding Luxembourg S.à r.l.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

mit Sitz in : **20, rue Philippe II, L-2340 Luxembourg**

G R Ü N D U N G

einer **Gesellschaft mit beschränkter Haftung**

vom **09. Dezember 2016**

Nr. 42254

Im Jahre zweitausendsechzehn,
am neunten Tag des Monats Dezember.

Vor Uns Notar **Jean-Joseph WAGNER**, im Amtssitze zu
Sassenheim, Großherzogtum Luxemburg,

ist erschienen:

AM – RE S.A. SICAV-SIF, eine Investmentgesellschaft mit variablem
Kapital – spezialisierter Investmentfonds (*société d'investissement à capital
variable - fonds d'investissement spécialisé, SICAV-FIS*) mit Sitz in 20, rue
Philippe II, L-2340 Luxembourg, Großherzogtum Luxemburg,

hier vertreten durch Herrn Peter Audesirk, Rechtsanwalt,
geschäftsansässig in L-1330 Luxembourg, 10, Boulevard Grande-Duchesse
Charlotte,

aufgrund einer am 5. Dezember 2016 in Luxemburg erteilten
Vollmacht.

Die von der Erschienenen und dem unterzeichneten Notar "*ne
varietur*" gezeichnete Vollmacht bleibt dieser Urkunde beigelegt und ist
zusammen mit dieser bei der zuständigen Registerstelle einzureichen.

Die wie vorstehend beschrieben vertretene Erschienene hat den
Notar gebeten, die nachstehende Satzung einer den einschlägigen
Gesetzen sowie den Bestimmungen dieser Satzung unterliegenden
Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*société à responsabilité limitée*) zu
Protokoll zu nehmen.

Kapitel I

Form, Name, Gesellschaftssitz, Geschäftszweck, Dauer

Artikel 1. Form, Gesellschaftsname.

Hiermit wird unter dem Namen „**AM-RE Holding Luxembourg S.à r.l.**“ eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*société à responsabilité limitée*) gegründet, die von den jeweiligen Gesetzen bezüglich dieser Gesellschaftsform geregelt wird (hiernach, die „**Gesellschaft**“), und insbesondere vom Gesetz vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften, mehrmals abgeändert, (hiernach, das „**Gesetz**“), sowie von der vorliegenden Gründungssatzung (hiernach, die „**Satzung**“).

Artikel 2. Gesellschaftssitz.

Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in der Stadt Luxemburg.

Die Geschäftsführung ist befugt den Sitz der Gesellschaft an jeden anderen Ort innerhalb des Großherzogtums Luxemburg zu verlegen und die Satzung der Gesellschaft dementsprechend abzuändern und anzupassen.

Die Geschäftsführung ist zusätzlich befugt, die Adresse der Gesellschaft innerhalb der Gemeinde des statutarisch festgelegten Gesellschaftssitzes zu verlegen.

Sollten militärische, politische, wirtschaftliche oder soziale Ereignisse oder unmittelbar bevorstehende Ereignisse den gewöhnlichen Geschäftsverlauf der Gesellschaft an ihrem eingetragenen Sitz verhindern, kann der Geschäftssitz der Gesellschaft vorübergehend bis zur Normalisierung dieser Verhältnisse ins Ausland verlegt werden; solche vorläufigen Maßnahmen haben jedoch keinen Einfluss auf die Nationalität der Gesellschaft, die ungeachtet der einstweiligen Verlegung des Gesellschaftssitzes luxemburgisch bleibt. Die Entscheidung, den Gesellschaftssitz ins Ausland zu verlegen, wird von der Geschäftsführung getroffen.

Die Gesellschaft kann Niederlassungen und Geschäftsstellen sowohl in Luxemburg als auch im Ausland haben.

Artikel 3. Geschäftszweck.

Der Geschäftszweck der Gesellschaft ist

- das Kaufen oder Halten von Anteilen an einer oder mehreren Immobiliengesellschaften und deren Gründung; und/oder
- das Kaufen von Immobilien und die Verwaltung, die Vermietung und der Verkauf (einschließlich Privatisierung) von durch die Gesellschaft gehaltenen Immobilien.

Die Gesellschaft kann Darlehen aufnehmen und Schuldverschreibungen, Vorzugsaktien, Schuldscheine und Pfandbriefe, wandelbar oder nicht wandelbar im Rahmen des Gesetzes ausgeben.

Die Gesellschaft kann jegliche Unterstützung, Darlehen, Vorschüsse oder Garantien an oder zugunsten von Investmentgesellschaften geben, an welchen sie eine direkte oder indirekte Beteiligung hält oder die dem gleichen Konzern wie die Gesellschaft angehören (die "**Verbundenen Unternehmen**"). Die Gesellschaft kann jegliche Garantie zugunsten einer dritten Partei gewähren, um die Verpflichtungen von Verbundenen Unternehmen zu besichern. Die Gesellschaft ist zudem dazu berechtigt, sich zu verbürgen, zu verpfänden oder in anderer Weise Sicherheiten an oder über ihre Vermögenswerte zu bestellen, um die eigenen Verpflichtungen oder diejenigen eines Verbundenen Unternehmens zu sichern.

Für Zwecke dieser Klausel umfasst der Begriff "**Immobilien**" das Eigentum an Grundstücken (bestehend aus dem Grund und Boden sowie

dem Gebäude) und grundstücksgleiche Rechte, wie z.B. Erbbaurechte. Für die Zwecke dieser Klausel bezeichnet **"Immobilien-gesellschaft"** jede Kapital- oder Personengesellschaft, deren Ziel (gemäß ihrer Satzung oder ihres Gesellschaftsvertrags) der Kauf von Immobilien und die Verwaltung, der Betrieb, die Vermietung und der Verkauf (einschließlich der Privatisierung) von durch diese Gesellschaft gehaltenen Immobilien (direkt oder indirekt durch eine oder mehrere Immobilien-gesellschaften mit entsprechender Zielsetzung), der Kauf oder das Halten von Anteilen an einer oder mehreren solchen Immobilien-gesellschaften mit entsprechender satzungs- oder gesellschaftsvertraglicher Zwecksetzung und deren Gründung und/oder die Gewährung von Darlehen an solche Immobilien-gesellschaften ist, vorausgesetzt, dass sie direkt oder indirekt an der finanzierten Immobilien-gesellschaft beteiligt ist.

Die Gesellschaft kann alle Tätigkeiten und Transaktionen durchführen, die sie für notwendig erachtet, um den Geschäftszweck zu erfüllen, sowie alle Tätigkeiten, die direkt oder indirekt der Erreichung des Geschäftszwecks dienen, einschließlich Transaktionen zur Absicherung von Zinssatz- und/oder Wechselkursrisiken.

Die Gesellschaft kann sich durch Eigen- oder Fremdkapital finanzieren.

Artikel 4. Geschäftsdauer.

Die Dauer der Gesellschaft ist unbeschränkt.

Kapitel II: Kapital und Gesellschaftsanteile

Artikel 5. Gesellschaftskapital.

Das Gesellschaftskapital beläuft sich auf **einundzwanzigtausendfünfhundert Euro (EUR 21.500,-)** und ist eingeteilt in:

- einhundertfünfundzwanzig (125) Anteile der Klasse A (die **"Klasse A Anteile"**),

- zehn (10) Anteile der Klasse B (die **"Klasse B Anteile"**),
- zehn (10) Anteile der Klasse C (die **"Klasse C Anteile"**),
- zehn (10) Anteile der Klasse D (die **"Klasse D Anteile"**),
- zehn (10) Anteile der Klasse E (die **"Klasse E Anteile"**),
- zehn (10) Anteile der Klasse F (die **"Klasse F Anteile"**),
- zehn (10) Anteile der Klasse G (die **"Klasse G Anteile"**),
- zehn (10) Anteile der Klasse H (die **"Klasse H Anteile"**),
- zehn (10) Anteile der Klasse I (die **"Klasse I Anteile"**), und
- zehn (10) Anteile der Klasse J (die **"Klasse J Anteile"**),

jeweils ein **"Anteil"**, und gemeinsam die **"Anteile"**, mit einem Nennwert von je **einhundert Euro (EUR 100,-)** und den Rechten und Pflichten, die in dieser Satzung festgelegt sind, und jede Klasse von Anteilen eine **"Klasse"**. Die Inhaber der Anteile werden in dieser Satzung als **"Gesellschafter"** bezeichnet und der Begriff **"Gesellschafter"** im Singular ist entsprechend auszulegen.

Jeder Anteil verleiht das Recht zu einer Stimme bei ordentlichen und außerordentlichen Gesellschafterversammlungen.

Die Gesellschaft kann ein Aufgeldkonto (**"Aufgeldkonto"**) eröffnen, auf welches Aufgelder einzuzahlen sind, die auf Anteile gezahlt werden. Über die Verwendung dieses Aufgeldkontos entscheidet die Geschäftsführung im Einklang mit dem Gesetz von 1915 und der vorliegenden Satzung.

Die Gesellschaft kann Kapitalbeteiligungen oder sonstige Einlagen unbeschränkt annehmen, ohne Anteile oder andere Wertpapiere als

Gegenleistung dafür auszugeben, und sie kann diese Einlagen auf einem oder mehreren Konten verbuchen. Entscheidungen darüber, wie diese Konten zu verwenden sind, sind von der Geschäftsführung gemäß dem Gesetz von 1915 und dieser Satzung zu treffen. Um Missverständnisse auszuschließen: Im Rahmen einer solchen Entscheidung kann die Einlage der Person zugeordnet werden, die die Einlage geleistet hat, dies ist aber nicht zwingend erforderlich.

Das Stammkapital der Gesellschaft kann ausschließlich durch einen Rückkauf mit darauffolgender Annullierung aller Anteile einer bestimmten Klasse erfolgen (ein "**Anteilsrückkauf**") wie dies von der Geschäftsführung von Zeit zu Zeit entschieden werden kann, vorausgesetzt dass die Gesellschaft zu keinem Zeitpunkt die Klasse A Anteile zurückkaufen und annullieren soll. Eine Kapitalherabsetzung durch den Rückkauf und die Annullierung einer Klasse soll nach der folgenden Reihenfolge erfolgen:

- a) Klasse J Anteile;
- b) Klasse I Anteile;
- c) Klasse H Anteile;
- d) Klasse G Anteile;
- e) Klasse F Anteile;
- f) Klasse E Anteile;
- g) Klasse D Anteile;
- h) Klasse C Anteile; und
- i) Klasse B Anteile;

Bei dem Rückkauf und der Annullierung einer vollständigen Klasse, wird der Annullierungsbetrag von der Geschäftsführung im angemessenen Ermessen und im besten Interesse der Gesellschaft bestimmt, und wie von dem/den Gesellschafter(n) genehmigt, von der Gesellschaft an den/die Gesellschafter jeweils in Höhe ihrer Beteiligung in der jeweiligen Klasse fällig und zahlbar. Zur Vermeidung von Missverständnissen sei erwähnt dass die Gesellschaft ihren Zahlverpflichtungen durch Bezahlung, Sachleistungen oder Aufrechnung gerecht werden kann.

Artikel 6. Kapitaländerungen.

Das Gesellschaftskapital kann jederzeit durch Beschluss des alleinigen Anteilshabers (soweit es nur einen Anteilshaber gibt) oder durch Beschluss der Anteilshaberversammlung, gemäß Artikel 15 dieser Satzung, geändert werden.

Artikel 7. Ausschüttungsrechte der Anteile.

Jeder Anteil gibt seinem jeweiligen Besitzer das Recht auf einen Anteil der Aktiva und der erzielten Gewinne der Gesellschaft im direkten proportionalen Verhältnis zu den bestehenden Anteilen unter Berücksichtigung der zu Artikel 17 getroffenen Regelungen.

Artikel 8. Unteilbarkeit der Anteile.

Die Anteile sind unteilbar.

Mehrere Personen können als Inhaber desselben Anteils eingetragen werden, sofern alle Inhaber eines Anteils die Gesellschaft schriftlich darüber in Kenntnis setzen, welcher Inhaber als Vertreter fungieren soll und die Gesellschaft wird den Vertreter so behandeln, als ob er der einzige Gesellschafter wäre; dies gilt auch in Bezug auf Abstimmungsrechte und Dividenden- oder sonstige Zahlungsansprüche.

Artikel 9. Übertragung der Anteile.

Solange die Gesellschaft nur einen Anteilshaber hat, sind die Gesellschaftsanteile frei auf Dritte übertragbar.

Hat die Gesellschaft mehrere Anteilhaber, können die Gesellschaftsanteile unter den im Artikel 189 des Gesetzes vorgeschriebenen Bedingungen übertragen werden.

Jeder Anteilhaber ist einverstanden seine Gesellschaftsanteile nicht zu verpfänden oder als Garantie zu verwenden, ohne das vorherige Einverständnis der Mehrheit der Anteilhaber, die mindestens drei Viertel des Gesellschaftskapitals besitzen, erhalten zu haben.

Kapitel III: Geschäftsführung

Artikel 10. Geschäftsführung.

Die Geschäftsführung, die aus mindestens zwei (2) Mitgliedern besteht, verwaltet die Gesellschaft. Die Mitglieder der Geschäftsführung müssen nicht Anteilhaber sein. Die Mitglieder der Geschäftsführung können zu jeder Zeit durch einen Beschluss der Anteilhaber, die eine Mehrheit der Stimmen besitzen, mit oder ohne Grund abberufen werden.

Die Beschlüsse der Geschäftsführung werden von der Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Mitglieder der Geschäftsführung gefasst.

Jedes Mitglied der Geschäftsführung kann sich bei jeder Sitzung der Geschäftsführung durch ein anderes Mitglied der Geschäftsführung vertreten lassen, welches von ihm schriftlich oder per Telegramm, Telefax, E-Mail oder Brief bevollmächtigt wurde. Eine Versammlung der Geschäftsführung kann nur dann abgehalten werden, wenn zwei (2) Mitglieder der Geschäftsführung persönlich, durch Telefonkonferenz oder Videokonferenz anwesend oder vertreten sind.

Das Benutzen von Material zur Abhaltung von Videokonferenzen und Telefonkonferenzen ist erlaubt, insofern gewährleistet ist, dass jedes teilnehmende Mitglied der Geschäftsführung hören kann und von allen anderen teilnehmenden Mitgliedern der Geschäftsführung gehört werden kann, unabhängig davon, ob diese auch auf solche Technologie zurückgreifen, und jedes teilnehmende Mitglied der Geschäftsführung wird als anwesend betrachtet und ist befugt über Video oder Telefon abzustimmen.

Schriftliche Beschlüsse der Geschäftsführung können gültig abgeschlossen werden, wenn sie von allen Mitgliedern der Geschäftsführung schriftlich genehmigt und unterschrieben wurden. Diese Genehmigung kann aus einem einzigen oder mehreren einzelnen Dokumenten hervorgehen, die per Brief, Telefax, E-Mail, Telegramm oder Telex geschickt wurden. Diese Beschlüsse sind gleichgestellt mit Beschlüssen, die in Versammlungen der Geschäftsführung gefasst wurden.

Abstimmungen können auch wirksam per Telefax, E-Mail, Telegramm, Telex oder Telefon durchgeführt werden, wobei in letzterem Fall die Abstimmung schriftlich bestätigt werden muss.

Artikel 11. Befugnisse der Mitglieder der Geschäftsführung.

Gegenüber Dritten haben die Mitglieder der Geschäftsführung die Befugnis unter allen Umständen im Namen der Gesellschaft zu handeln und alle Geschäfte und Handlungen, die dem Geschäftszweck der Gesellschaft entsprechen, auszuführen und zu genehmigen, vorausgesetzt dass die Bestimmung dieses Artikels beachtet wurde.

Sämtliche Befugnisse, die nicht ausdrücklich durch das Gesetz oder die vorliegende Satzung der Generalversammlung der Anteilhaber vorbehalten sind, fallen in die Zuständigkeit der Geschäftsführung. Die Geschäftsführung kann insbesondere Vermögensberatungsverträge und Verwaltungsverträge, wie z.B. Grundstücksmakler- oder Grundstücksverwaltungsverträge abschließen.

Artikel 12. Vertretung der Gesellschaft.

Die Gesellschaft wird durch die einzelne Unterschrift eines Mitglieds der Geschäftsführung rechtsgültig verpflichtet.

Artikel 13. Befugnisübertragung und Vertretung der Geschäftsführung.

Die Geschäftsführung kann ihre Befugnisse für bestimmte Angelegenheiten an einen oder mehrere ad hoc Vertreter abtreten.

Die Geschäftsführung wird die Verantwortung und Entlohnung (gegebenenfalls), die Dauer der Vertretung und alle anderen erheblichen Bedingungen dieser Vertretung festlegen.

Artikel 14. Haftung der Mitglieder der Geschäftsführung.

In Ausübung ihres Mandates sind die Geschäftsführer nicht persönlich haftbar für die Verpflichtungen der Gesellschaft. Als Vertreter der Gesellschaft sind sie verantwortlich für die gewissenhafte Ausführung der ihnen obliegenden Pflichten.

Kapitel IV: Generalversammlung der Anteilshaber

Artikel 15. Befugnisse der Generalversammlung der Anteilshaber.

Der alleinige Anteilshaber übernimmt alle der Generalversammlung der Anteilshaber zuerkannten Bedürfnisse.

Falls es mehrere Anteilshaber geben sollte, kann jeder Anteilshaber an gemeinsamen Entscheidungen teilnehmen, unabhängig der ihm gehörenden Anzahl an Anteilen. Jeder Anteilshaber verfügt über Stimmrecht, entsprechend der ihm gehörenden Anteilen.

Ein Anteilshaber kann in jeder Generalversammlung der Anteilshaber handeln, indem er eine andere Person, die selbst nicht Anteilshaber sein muss (oder wenn der Anteilshaber eine juristische Einheit ist, ihre(n) gesetzliche(n) Vertreter), schriftlich oder per Telefax, Kabel, Telegramm, Telex, E-Mail als seinen Bevollmächtigten ernennt.

Gemeinsame Beschlüsse sind nur gültig gefasst, wenn sie von Anteilhabern, die mehr als die Hälfte des Gesellschaftskapitals besitzen, gefasst wurden. Jedoch können Beschlüsse zur Abänderung der vorliegenden Satzung nur von einer Mehrheit der Anteilshaber, welche mindestens drei Viertel des Gesellschaftskapitals vertreten, gefasst werden, im Einklang mit dem Gesetz.

Kapitel V: Geschäftsjahr – Bilanz

Artikel 16. Geschäftsjahr.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft beginnt jedes Jahr am 1. Januar und endet am 31. Dezember desselben Jahres.

Am Ende jedes Geschäftsjahres werden die Jahresabschlüsse der Gesellschaft erstellt und die Geschäftsführung wird ein Inventar, einschließlich einer Bilanz und einer Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft vorbereiten.

Jeder Anteilshaber hat das Recht die Bücher und Niederschriften der Gesellschaft, das oben genannte Inventar und die Bilanz am eingetragenen Sitz der Gesellschaft zu überprüfen.

Artikel 17. Zuweisung und Ausschüttung von Gewinnen.

Vom Nettogewinn der Gesellschaft, der in Übereinstimmung mit dem Luxemburger Recht ermittelt wird, werden fünf Prozent (5%) in eine gesetzliche Rücklage eingestellt. Diese Verpflichtung zur Bildung der Rücklage verliert ihren zwingenden Charakter, sobald die gesetzliche Rücklage ein Zehntel des Gesellschaftskapitals erreicht.

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Luxemburger Rechts und der vorliegenden Satzung kann die Gesellschaft durch Beschluss des

Gesellschafter/der Gesellschafter Dividenden beschließen und festsetzen. Die Entscheidung zur Ausschüttung und die Bestimmung des Betrags dieser Ausschüttung werden von den Gesellschaftern getroffen und diese Dividende soll in der folgenden Reihenfolge ausgeschüttet werden:

- zuerst an den/die Inhaber der Klasse A Anteile, der/die einen Anspruch auf eine Dividende die einem Betrag von 0,25% des Nennwertes aller der von diesem/n Inhaber gehaltenen Klasse A Anteile entspricht haben soll/en, dann,

- an den/die Inhaber der Klasse B Anteile, der/die einen Anspruch auf eine Dividende die einem Betrag von 0,5% des Nennwertes aller der von diesem/n Inhaber gehaltenen Klasse B Anteile entspricht haben soll/en, dann,

- an den/die Inhaber der Klasse C Anteile, der/die einen Anspruch auf eine Dividende die einem Betrag von 0,75% des Nennwertes aller der von diesem/n Inhaber gehaltenen Klasse C Anteile entspricht haben soll/en, dann,

- an den/die Inhaber der Klasse D Anteile, der/die einen Anspruch auf eine Dividende die einem Betrag von 1,00% des Nennwertes aller der von diesem/n Inhaber gehaltenen Klasse D Anteile entspricht haben soll/en, dann,

- an den/die Inhaber der Klasse E Anteile, der/die einen Anspruch auf eine Dividende die einem Betrag von 1,25% des Nennwertes aller der von diesem/n Inhaber gehaltenen Klasse E Anteile entspricht haben soll/en, dann,

- an den/die Inhaber der Klasse F Anteile, der/die einen Anspruch auf eine Dividende die einem Betrag von 1,5% des Nennwertes aller der von diesem/n Inhaber gehaltenen Klasse F Anteile entspricht haben soll/en, dann,

- an den/die Inhaber der Klasse G Anteile, der/die einen Anspruch auf eine Dividende die einem Betrag von 1,75% des Nennwertes aller der von diesem/n Inhaber gehaltenen Klasse G Anteile entspricht haben soll/en, dann,

- an den/die Inhaber der Klasse H Anteile, der/die einen Anspruch auf eine Dividende die einem Betrag von 2,00% des Nennwertes aller der von diesem/n Inhaber gehaltenen Klasse H Anteile entspricht haben soll/en, dann,

- an den/die Inhaber der Klasse I Anteile, der/die einen Anspruch auf eine Dividende die einem Betrag von 2,25% des Nennwertes aller der von diesem/n Inhaber gehaltenen Klasse I Anteile entspricht haben soll/en, dann,

- an den/die Inhaber der Klasse J Anteile, der/die einen Anspruch auf eine Dividende die einem Betrag von 2,5% des Nennwertes aller der von diesem/n Inhaber gehaltenen Klasse J Anteile entspricht haben soll/en.

Die Geschäftsführung kann im Einklang mit den vorstehenden Regelungen beschließen, vor Ende des Geschäftsjahres Zwischendividenden an den oder die Gesellschafter auszuzahlen, wenn aus dem Abschluss hervorgeht, dass ausreichende Mittel zur Ausschüttung zur Verfügung stehen, wobei (i) die auszuschüttenden Beträge die seit dem Ende des letzten Geschäftsjahres realisierten Gewinne, zuzüglich vorgetragener Gewinne und ausschüttungsfähiger Rücklagen, aber abzüglich vorgetragener Verluste und solcher Beträge, die in Rücklagen einzustellen sind, die gemäß dem Gesetz von 1915 oder dieser Satzung zu bilden sind - nicht übersteigen dürfen, und (ii) ausgeschüttete Summen, die

nicht durch tatsächliche Gewinne gedeckt sind, von dem oder den jeweiligen Gesellschafter(n) zurückgefordert werden können.

Kapitel VI: Auflösung – Liquidation

Artikel 18. Auflösungsgründe.

Die Auflösung der Gesellschaft erfolgt nicht im Falle des Todes, der Aufhebung der Zivilrechte, der Zahlungsunfähigkeit oder des Konkurses des alleinigen Anteilshabers oder von einem der Anteilhaber.

Artikel 19. Liquidation.

Im Falle der Auflösung der Gesellschaft wird die Liquidation durch einen oder mehrere Liquidatoren durchgeführt die nicht unbedingt Anteilhaber sein müssen, die aber von den Anteilhabern ernannt werden, welche ihre Aufgaben und Vergütung festlegen.

Ein einziger Anteilhaber kann die Auflösung der Gesellschaft und die Durchführung der Liquidation beschließen, in welchem Fall er persönlich die Zahlung des gesamten Vermögens und der gesamten Schulden übernimmt, welche der Gesellschaft bekannt oder unbekannt sind.

Kapitel VII: Auslegung und Luxemburger Recht

Artikel 20.

Sofern in dieser Satzung nicht anders definiert, haben die hierin benutzten großgeschriebenen Begriffe die folgende Bedeutung:

"Verfügbarer Betrag"

bedeutet für jede Klasse den vollständigen Betrag des Nettogewinns der Gesellschaft (inklusive Gewinnvorträge) erhöht durch (i) die jeweiligen frei ausschüttbaren Reserven und den Anteilen zugeteiltem Aufgeld, und (ii), gegebenenfalls, durch den Betrag der Kapitalherabsetzung und der Reduzierung der gesetzlichen Rücklage bezüglich der zurückzukaufenden und zu annullierenden Klasse von Anteilen, jedoch reduziert durch (i) jegliche positiv bilanzierte Verluste (einschließlich Verlustvorträge) und (ii) jegliche von Gesetzes wegen (im Sinne des Gesetzes von 1915) oder kraft dieser Satzung in Rücklagen einzuzahlenden Summen, jeweils so wie in den entsprechenden Zwischenabschlüssen wiedergegebenen Maße (zu Vermeidung von Missverständnissen, ohne Doppelzählung) so dass:
$$AA = (NP + P + CR) - (L + LR),$$
wobei:

AA = Verfügbarer Betrag;

NP = Nettogewinn (einschließlich Gewinnvorträge);

P = jegliche frei verfügbaren Rücklagen (einschließlich Aufgeld), wie durch die Geschäftsführung bestimmt, wobei, um Missverständnisse auszuschließen, die Geschäftsführung nach ihrem Ermessen entscheidet, den

	<p>Gesamtbetrag oder einen Teilbetrag solcher frei verfügbaren Rücklagen einzubeziehen oder auszuschließen;</p> <p>CR = der Betrag der Kapitalherabsetzung und der Reduzierung der gesetzlichen Rücklage bezüglich der zu annullierenden Klasse von Anteilen;</p> <p>L = als positiv bilanzierte Verluste (einschließlich Verlustvorträge);</p> <p>LR = jegliche, nach den Bestimmungen des Gesetzes von 1915 oder dieser Satzung, den Rücklagen zuzuordnende Summen.</p>
"Annullierungsbetrag"	bedeutet ein Betrag, der den Verfügbaren Betrag, bezüglich der jeweiligen Klasse von Anteilen, im Einklang mit den Bestimmungen des Gesetzes von 1915 oder dieser Satzung nicht übersteigt.
"Zwischenabschlüsse"	bedeutet die Zwischenabschlüsse der Gesellschaft zu dem entsprechenden Datum der Zwischenabschlüsse.
"Datum der Zwischenabschlüsse"	bedeutet das Datum, das nicht mehr als dreißig (30) Tage und nicht weniger als zehn (10) Tage vor dem Datum des Rückkaufs und der Annullierung der jeweiligen Klasse liegt.

In der vorliegenden Satzung gilt jeweils Folgendes:

- a) Bei Verwendung eines grammatikalischen Geschlechts zur Bezeichnung von Personen sind Personen des anderen Geschlechts ebenfalls gemeint;
 - b) Begriffsverwendungen in Einzahl und Mehrzahl sind jeweils austauschbar, sofern sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt;
 - c) vom Begriff der **"Person"** sind natürliche Personen, Unternehmen, Gesellschaften und sonstige juristische Personen, Regierungen, Staaten oder staatliche Behörden oder Joint Ventures, Vereine, Personengesellschaften, Betriebsräte oder Arbeitnehmervertretungen (mit oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit) umfasst;
 - d) beim Verweis auf gesetzliche Bestimmungen oder Gesetze sind diesbezügliche Änderungen und geänderte oder unveränderte Neufassungen der Bestimmungen oder Gesetze ebenfalls umfasst;
- sollen Formulierungen wie "sind ebenfalls gemeint" oder "sind umfasst" oder "einschließlich" so verstanden werden, als würden Worte wie "...aber nicht ausschließlich..." oder "...aber nicht begrenzt auf..." oder "...aber nicht eingeschränkt auf..." diesen Formulierungen nachstehen; allgemeine Begriffe sind nicht deshalb einschränkend auszulegen, weil davor oder danach konkretere Handlungen, Begriffe oder Beispiele stehen; lassen die Überschriften die Auslegung dieser Satzung unberührt.
- Ergänzend zu dieser Satzung gelten für die Gesellschaft alle anwendbaren Bestimmungen Luxemburger Rechts.

Übergangsbestimmungen

Das erste Geschäftsjahr beginnt am Tag der Gründung der Gesellschaft und endet am 31. Dezember 2017.

Zeichnung und Zahlung

Das Kapital der Gesellschaft wird folgendermaßen gezeichnet:

Die oben genannte **AM – RE S.A. SICAV-SIF** zeichnet **zweihundertfünfzehn (215) Gesellschaftsanteile** gegen Bareinzahlung von **einundzwanzigtausendfünfhundert Euro (EUR 21.500.-)**.

Der Nachweis über diese Zahlung wurde gegenüber dem unterzeichneten Notar erbracht.

Kosten

Die von der Gesellschaft infolge der Gründung der Gesellschaft zu tragenden Kosten belaufen sich auf tausend euro.

Beschlüsse des alleinigen Gesellschafters

Als Inhaberin des gesamten gezeichneten Kapitals der Gesellschaft fasst die oben genannte Person in Ausübung der der Gesellschafterversammlung übertragenen Befugnisse die folgenden Beschlüsse:

(i) Die folgenden Personen werden für unbestimmte Dauer als Geschäftsführer bestellt:

- **Horst Baumann**, geboren am 02. März 1961 in Mettlach (Deutschland), mit beruflicher Anschrift in 9, place de Clairefontaine, L-1341 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg;

- **Anton Kostin**, geboren am 11. August 1984 in Charkow (Ukraine), mit beruflicher Anschrift in 20, Rue Philippe II, L-2340 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg; und

- **Klaus Krauth**, geboren am 06. Februar 1961 in Stuttgart, mit beruflicher Anschrift in 20, Rue Philippe II, L-2340 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg.

(ii) Als unabhängiger Abschlussprüfer wird für die Dauer eines Zeitraums bis zur nächsten jährlichen Gesellschafterversammlung, die über den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 berät,

„**Ernst & Young**“, mit Sitz in 35 E Avenue J.-F. Kennedy, L-1855 Luxembourg, Großherzogtum Luxemburg, eingetragen im Luxemburger Handels- und Gesellschaftsregister (*Registre de Commerce et des Sociétés*) unter der Nummer B47771, bestellt;

(iii) Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in 20, rue Philippe II, L-2340 Luxembourg, Großherzogtum Luxemburg.

Daraufhin wurde der vorstehende Akt in Luxemburg zu dem oben genannten Datum notariell beurkundet.

Und nach Verlesung und Erklärung alles Vorstehenden an den vorgenannten Bevollmächtigten der Erschienenen, hat letzterer mit Uns, amtierenden Notar, gemeinsam die gegenwärtige Urkunde unterschrieben.

Gezeichnet: P. AUDESIRK, J.J. WAGNER.

Einregistriert zu Esch/Alzette A.C., am 12. Dezember 2016. Relation: EAC/2016/28915. Erhalten fünfundsiebzig Euro (75.- EUR). Der Einnehmer, gezeichnet: SANTIONI.
